



Beschluss des Medienpolitischen Expertenkreises der CDU Deutschlands zur Deutschen Welle und zu DVB-T

Deutsche Welle

Die Deutsche Welle ist die mediale Visitenkarte Deutschlands in der Welt. Das soll auch im digitalen Zeitalter so bleiben. Die Deutsche Welle muss auch zukünftig ein umfassendes Bild von Deutschland im Ausland vermitteln und die deutsche Sprache fördern können. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den globalen Wettbewerb, den andere Auslandssender intensiver führen. Wir sind daher für eine stärkere Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Synergieeffekte müssen genutzt werden, um die Qualität des Angebots der Deutschen Welle zu stärken. Dafür muss sie zunehmend als ein gemeinsames Anliegen von Bund, Ländern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten begriffen werden.

Der Medienpolitische Expertenkreis begrüßt daher die Gespräche aller Beteiligten für eine Zukunft der Deutschen Welle. Es gilt, die Produzenten in diese Gespräche einzubinden. Der Medienpolitische Expertenkreis appelliert an Bund, Länder und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sich der Verantwortung für die Deutsche Welle bewusst zu sein und noch vor der Sommerpause in diesem Sinne zu entscheiden.

DVB-T

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion zum Thema DVB-T fordert der Medienpolitische Expertenkreis: Derzeit dürfen weder frequenzpolitische Vorfestlegungen des Bundes noch medienpolitische Vorfestlegungen der Länder erfolgen, die auf eine Einschränkung oder Abschaffung des terrestrischen Fernsehens über Rundfunksendernetze hinauslaufen.

Hintergrund:

DVB-T wurde vor rund zehn Jahren mit Unterstützung der Politik eingeführt. Neben Kabel und Satellit sollte eine weitere, für die Verbraucher besonders kostengünstige und bedienungsfreundliche Fernsehübertragungstechnik etabliert werden. Mitte Januar 2013 hat nun RTL angekündigt, DVB-T in München ab Juli 2013 und in anderen Gebieten ab dem 31. Dezember 2014 nicht mehr zu unterstützen. Das terrestrische Fernsehen sei bei geringen Zuschauerzahlen zu teuer und die Verfügbarkeit der Frequenzen nach 2020 nicht gesichert.